

FREIBERUFLER-TICKER vom 15. Juli 2022

1. BFB-Konjunkturumfrage Sommer: Bei Freien Berufen wächst die Unsicherheit

Die Freien Berufe sorgen sich im Zuge des Krieges gegen die Ukraine vor einer sich weiter verfestigenden Wirtschaftskrise und einem schwierigen Marktumfeld. Eine Skepsis, die die Besorgnis über den weiteren Verlauf der Coronapandemie überlagert. Dieses Fazit zieht BFB-Präsident Friedemann Schmidt angesichts der Ergebnisse in einer [Mitteilung](#) am 8. Juli 2022. Die BFB-Konjunkturumfrage zeigt unter anderem, dass sich die Geschäftserwartungen eintrüben und der Fachkräftemangel verschärft.

2. AG Mittelstand legt Mittelstandsbericht 2022 vor

Deutschland braucht Unternehmertum, um die aktuelle Krise zu meistern und sich für künftige Herausforderungen zu wappnen. Das betonen die in der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand zusammengeschlossenen Spitzenverbände, darunter auch der BFB, in ihrem diesjährigen [Mittelstandsbericht](#), der am 13. Juli 2022, flankiert von einer [Pressemitteilung](#), veröffentlicht wurde. Darin wird BFB-Präsident Friedemann Schmidt zum Handlungsfeld Unternehmertum zitiert: „Mut machen zur Gründung heißt auch, Eigeninitiative und Risikobereitschaft wertzuschätzen. Für ein nachhaltiges Gründungsklima und gleichwertige Lebensverhältnisse zählt, dass die Wirtschaft in allen Regionen wachsen kann.“ Die Arbeitsgemeinschaft fordert, die Resilienz und Innovationskraft des Mittelstands zu stärken. Das [Handelsblatt](#) berichtete in seiner Ausgabe vom 12. Juli 2022 exklusiv vorab.

3. BFB-Präsident zum Aspekt der Vielfalt im Rahmen des „Sommers der Berufsausbildung“

Der BFB engagiert sich auch in der diesjährigen Fortsetzung des „Sommers der Berufsausbildung“. Zusammen mit der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz übernahm der BFB die Federführung für das Thema „Vielfalt in der Ausbildung“, einer der inhaltlichen Schwerpunkte für Juli und August 2022. Hierzu wurde jetzt ein [Video](#) von BFB-Präsident Dipl.-Pharm. Friedemann Schmidt veröffentlicht. Er sagt auch mit Blick auf die aus der Ukraine Geflüchteten: „Gerade bei uns Freien Berufen können junge Menschen als Auszubildende in Berufen, in denen sie viel mit Menschen zu tun haben, mit einer zusätzlichen Sprache und ihrer interkulturellen Kompetenz punkten. Sie sind willkommen!“

4. Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe erschienen

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat den gesetzlichen Auftrag, das Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe zu führen und zu veröffentlichen. Dieses Standardwerk wird seit 1977 vom BIBB herausgegeben. Es enthält den amtlichen Sachstand zu den anerkannten

**Sichern Sie sich die digitale Ausgabe
der F.A.Z. und F.A.S. inklusive F+.**

Jetzt bestellen und Angebot sichern! >



Ausbildungsberufen und zu weiteren Regelungen auf dem Gebiet der Berufsbildung nach Berufsbildungsgesetz und Handwerksordnung. Das Verzeichnis informiert unter anderem über die Ausbildungsdauer, die Rechtsgrundlagen und die Zuordnung zu den Niveaustufen des Deutschen Qualifikationsrahmens bei Aus- und Fortbildungsberufen. Das aktuelle Verzeichnis steht laut Mitteilung des BIBB vom Ende vergangener Woche ab sofort zum [Download](#) zur Verfügung.

5. Förderrichtlinie zum ESF Plus-Programm „Rat geben - Ja zur Ausbildung!“ veröffentlicht

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) wurde die Förderrichtlinie zum neuen ESF Plus-Programm „Rat geben - Ja zur Ausbildung!“ Ende vergangener Woche veröffentlicht. Das übergeordnete Ziel des Förderprogramms ist es, junge eingewanderte Menschen oder junge Nachkommen Eingewanderter zur Aufnahme einer Berufsausbildung zu motivieren und ihnen beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung zu helfen. Mit der neuen Förderrichtlinie ist Projektförderung in zwei Handlungsansätzen möglich: „Bezugspersonen stärken“ und „Träger vernetzen“. Im ersten Programmmodul „Bezugspersonen stärken“ sollen beispielsweise Bezugspersonen von einem regionalen Träger kurzzeitige Informations-, Beratungs- und Schulungsangebote erhalten, die es ihnen ermöglichen, jungen Menschen beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung Rat und Unterstützung zu geben. Als Bezugspersonen werden solche verstanden, die sich regelmäßig im direkten Umfeld der jungen Menschen befinden, beispielsweise Eltern, Verwandte, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Lehrende aus Vereinen. Antragsberechtigt sind alle juristischen Personen des privaten und öffentlichen Rechts (also auch die Kammern der Freien Berufe) sowie rechtsfähige Personengesellschaften, Kommunen (Städte, Landkreise, Gemeinden), Träger der freien Wohlfahrtspflege und andere gemeinnützige Träger, gemeinnützige Vereine und Verbände (unter anderem Migrantenorganisationen) und soziale Dienstleister (Träger der Beschäftigungsförderung, Aus- und Weiterbildung sowie Bildungs-, und Beschäftigungsträger). Das Interessenbekundungsverfahren läuft vom 13. Juli 2022 bis zum 21. September 2022. Zum neuen Förderprogramm bietet das BMAS online eine Informationsveranstaltung am 19. Juli 2022 von 9:30 bis 11:00 Uhr, die Anmeldung ist unter diesem [Link](#) bis zum 19. Juli 2022 möglich.

6. Neue Cybersicherheitsagenda des Bundesinnenministeriums

Nancy Faeser (SPD), Bundesministerin des Innern und für Heimat, stellte am 12. Februar 2022 ihre Cybersicherheitsagenda vor. Kernelemente sind eine neu organisierte Cybersicherheitsarchitektur mit einer führenden Rolle des Bundes, neue Befugnisse für die Sicherheitsbehörden, um Angriffe abwehren zu können, die entschiedene Bekämpfung von Cyberkriminalität sowie die Stärkung der Resilienz des Staates und kritischer Infrastrukturen. Die Cybersicherheitsagenda ist [hier](#) abrufbar.

**Sichern Sie sich die digitale Ausgabe
der F.A.Z. und F.A.S. inklusive F+.**

Jetzt bestellen und Angebot sichern! >



7. Digitalisierung in Deutschland geht nur schleppend voran

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) stellt laut einer [Mitteilung](#) vom 11. Juli 2022 fest, dass die Digitalisierung des deutschen Staates nach wie vor nur langsam vorangeht. So laufe die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes (OZG) äußerst schleppend, obwohl bis Ende 2022 alle 575 OZG-Leistungen dieses zentralen E-Government-Instruments des deutschen Staates für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen umgesetzt sein müssten. Aus Sicht der INSM ist dieser Termin nicht mehr zu halten. Im Juni 2022 waren laut [OZG-Dashboard](#) weiterhin nur 80 Leistungen bundesweit online – nicht mehr als Mitte März 2022. Neben den bundesweit verfügbaren Leistungen werden im OZG-Dashboard für die 16 Bundesländer die jeweils flächendeckend verfügbaren Leistungen sowie die Anzahl der nur in einzelnen Kreisen oder Gemeinden angebotenen digitalen Leistungen angegeben.

8. Geschäftsaufgaben im Mittelstand

Rund 266.000 mittelständische Unternehmerinnen und Unternehmer planen, ihre Unternehmen bis Ende 2025 stillzulegen, anstatt den Weg einer Nachfolge zu beschreiten. Dies entspricht etwa sieben Prozent des Mittelstands. Dabei handelt es sich fast durchweg (97 Prozent) um Kleinstunternehmen mit weniger als fünf Beschäftigten. Laut dem jüngsten KfW-Nachfolge-Monitoring Mittelstand, das am 13. Juli 2022 [veröffentlicht](#) wurde, wünschen sich weitere rund 199.000 Unternehmerinnen und Unternehmer eine Nachfolgelösung, müssen aber aufgrund unzureichender Planung vermutlich mit einem Scheitern rechnen. Damit ist insgesamt von circa 465.000 Unternehmen im Mittelstand auszugehen, die teils geplant, teils ungeplant bis Ende 2025 ihre Geschäftstätigkeiten einstellen werden. Die Anzahl der Stilllegungen übersteigt damit die Anzahl der wahrscheinlich umgesetzten Nachfolgelösungen von etwa 400.000 im gleichen Zeitraum.

**Sichern Sie sich die digitale Ausgabe
der F.A.Z. und F.A.S. inklusive F+.**

Jetzt bestellen und Angebot sichern! >

